

CHRISTOPH SCHÄRTL

Das Spiegelbildprinzip  
im Rechtsverkehr  
mit ausländischen  
Staatenverbindungen

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

145

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

145

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann





Christoph Schärtl

Das Spiegelbildprinzip im  
Rechtsverkehr mit ausländischen  
Staatenverbindungen

unter besonderer Berücksichtigung des  
deutsch-amerikanischen Rechtsverkehrs

Mohr Siebeck

*Christoph Schärtl*, geboren 1976; Studium der Rechtswissenschaften in Regensburg und Genf; Zusatzstudium Unternehmensanierung und Interkulturelle Handlungskompetenz; Ausbildung zum Mediator – Schwerpunkt Wirtschaftsmediation; 2004 Promotion; Rechtsreferendar in Regensburg.

978-3-16-158499-2 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148641-5

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

## Vorwort

Die Frage, ob und – wenn ja – unter welchen Voraussetzungen amerikanische Zivilurteile innerhalb der Bundesrepublik Deutschland anerkannt und für vollstreckbar erklärt werden können, beschäftigt die deutsche Rechtswissenschaft und die Rechtsprechung gleichermaßen. Vorliegende Arbeit richtet das Hauptaugenmerk ihrer Untersuchungen auf die Frage, was unter dem sog. „Spiegelbildprinzip“ – und hierbei insbesondere unter dem Begriff „Staat“ i.S.d. §328 I Nr. 1 ZPO – zu verstehen ist. Hierbei zeigt sich, dass die bisher vertretenen Ansichten keinen für alle Arten von Staatenverbindungen in gleicher Weise gültigen, dogmatisch fundierten Lösungsansatz bereitstellen, sondern vielmehr länderspezifisch argumentieren.

Vorliegende Arbeit hat sich daher zum Ziel gesetzt, ein neues, für alle Staatenverbindungen gleichermaßen anwendbares Grundkonzept zu entwickeln, welches einerseits aus dogmatischer Sicht überzeugen kann, andererseits aber auch eine einfache praktische Handhabung ermöglicht.

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2004/2005 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung befindet sich diese Arbeit im Wesentlichen auf dem Stand von Oktober 2004.

Meinem hochverehrten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Herbert Roth, danke ich in besonderer Weise für die Anregung des Themas und seine hervorragende Betreuung. Gleichzeitig bin ich dankbar dafür, dass ich in dieser Zeit an seinem Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches, Europäisches und Internationales Verfahrensrecht arbeiten durfte, wodurch ich viele wertvolle Anregungen erhalten habe.

Danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. Jörg Fritzsche für die Bereitschaft, das Zweitgutachten zu erstellen.

Für die Aufnahme in die Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts „Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“ danke ich Herrn Prof. Dr. Jan Kropholler.

Schließlich gilt mein Dank meinen Eltern sowie Frau Alexandra Keilhauer, die nicht nur durch ihr Korrekturlesen, sondern auch durch ihr Verständnis einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Entstehung dieser Arbeit geleistet haben.

Regensburg, Januar 2005



# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XIV

## Einführung

§ 1	Gegenstand der Untersuchung .....	1
§ 2	Gang der Darstellung .....	6

### 1. Teil: Das Spiegelbildprinzip als Anerkennungsvoraussetzung für ausländische Urteile in der Bundesrepublik Deutschland

§ 3	Die Internationale Anerkennungszuständigkeit als Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsvoraussetzung nach § 328 I Nr. 1 ZPO .....	9
A.	Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Urteile als souveräner Akt staatlicher Hoheitsgewalt .....	9
B.	Die Regeln der Internationalen Anerkennungszuständigkeit als materielle Wertentscheidung .....	19
C.	Die Internationale Anerkennungszuständigkeit als von Amts wegen zu prüfende Anerkennungsvoraussetzung .....	23
D.	Das Spiegelbildprinzip als Verknüpfung von Internationaler Entscheidungszuständigkeit und Internationaler Anerkennungszuständigkeit .....	26
E.	Das Spiegelbildprinzip im Kreuzfeuer der Kritik .....	30
§ 4	Die Internationale Anerkennungszuständigkeit im Rechtsverkehr mit Staatenverbindungen: Die Auslegung des Begriffes „Staat“ im anerkennungsrechtlichen Sinn .....	35
A.	Überblick über die bisher von Rechtsprechung und Lehre entwickelten Bestimmungskriterien für den Begriff „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO .....	37
B.	Diskussion der bisher vorgeschlagenen Auslegungskriterien zur Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO .....	46
C.	Zwischenergebnis: Ungeeignetheit der bisherigen Lösungsmodelle zur Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO .....	104



D.	Die „verfassungsrechtlichen Strukturentscheidungen“ als maßgebliches Auslegungskriterium für die Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	105
2.	Teil: Die „historisch-verfassungsstrukturorientierte Auslegung“ des Staatsbegriffes in § 328 I Nr. 1 ZPO und ihre Anwendung auf den deutsch-amerikanischen Rechtsverkehr	
§ 5	Die Anwendung der „historisch-verfassungsstrukturorientierten Auslegung“ des § 328 I Nr. 1 ZPO auf den deutsch-amerikanischen Rechtsverkehr .....	115
§ 6	Der staatsorganisatorische Aufbau der Vereinigten Staaten von Amerika .....	118
A.	Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika .....	118
B.	Die Stellung der amerikanischen Einzelstaaten im Verfassungsgefüge der Vereinigten Staaten von Amerika .....	122
§ 7	Die Verteilung der Rechtsprechungsaufgaben zwischen den amerikanischen Bundesgerichten und den Gerichten der amerikanischen Einzelstaaten .....	163
A.	Die Gerichtsorganisation in den Vereinigten Staaten von Amerika .....	165
B.	Die geschichtliche Entwicklung des amerikanischen Gerichtssystems.....	171
C.	Die Verteilung der Rechtssprechungsaufgaben zwischen den Gerichten der amerikanischen Bundesstaaten und den amerikanischen Bundesgerichten: Das amerikanische System der Zuständigkeitsverteilung.....	183
D.	Die wechselseitige Pflicht zur Anerkennung der in den Schwesterstaaten ergangenen gerichtlichen Entscheidungen: Die „Full Faith and Credit Clause“ des Art. IV Section 1 US-Verfassung und deren Auswirkungen auf die Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO .....	246
E.	Das „XI. Amendment“ und dessen Auswirkungen auf die Bestimmung des Begriffes „Staat“ im anerkennungsrechtlichen Sinn .....	256
F.	Ergebnis .....	264
§ 8	Anwendung der in dieser Arbeit gefundenen Ergebnisse auf den Ausgangsfall und Ausblick .....	270
	Literaturverzeichnis .....	272
	Gerichtsentscheidungen .....	288
	Sachverzeichnis .....	294

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XIV

## Einführung

§ 1	Gegenstand der Untersuchung.....	1
§ 2	Gang der Darstellung.....	6

### 1. Teil: Das Spiegelbildprinzip als Anerkennungsvoraussetzung für ausländische Urteile in der Bundesrepublik Deutschland

§ 3	Die Internationale Anerkennungszuständigkeit als Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsvoraussetzung nach § 328 I Nr. 1 ZPO.....	9
A.	Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Urteile als souveräner Akt staatlicher Hoheitsgewalt.....	9
B.	Die Regeln der Internationalen Anerkennungszuständigkeit als materielle Wertentscheidung.....	19
C.	Die Internationale Anerkennungszuständigkeit als von Amts wegen zu prüfende Anerkennungsvoraussetzung .....	23
D.	Das Spiegelbildprinzip als Verknüpfung von Internationaler Entscheidungszuständigkeit und Internationaler Anerkennungszuständigkeit .....	26
E.	Das Spiegelbildprinzip im Kreuzfeuer der Kritik.....	30
§ 4	Die Internationale Anerkennungszuständigkeit im Rechtsverkehr mit Staatenverbindungen: Die Auslegung des Begriffes „Staat“ im anerkennungsrechtlichen Sinn.....	35
A.	Überblick über die bisher von Rechtsprechung und Lehre entwickelten Bestimmungskriterien für den Begriff „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	37
I.	Argumente für eine Berücksichtigung der territorialen Untergliederung bei Staatenverbindungen .....	40
II.	Argumente für eine anerkennungsrechtliche Unbeachtlichkeit des internen Staatsaufbaus bei Staatenverbindungen.....	43
B.	Diskussion der bisher vorgeschlagenen Auslegungskriterien zur Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	46

I.	Der Wortlaut des § 328 I Nr. 1 ZPO.....	47
II.	Die Entstehungsgeschichte des Spiegelbildprinzips .....	52
1.	Die geschichtliche Entwicklung des Spiegelbildprinzips .....	52
2.	Schlussfolgerungen aus der Entstehungsgeschichte des Spiegelbildprinzips für die Auslegung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	63
III.	Die Völkerrechtssubjektivität als Zuordnungsgrund.....	66
IV.	Der Rechtsgedanken des Art. 4 III 1 EGBGB als Auslegungskriterium für § 328 I Nr. 1 ZPO.....	73
V.	Gesetzsystematische Auslegungskriterien für § 328 I Nr. 1 ZPO: Argumente aus dem Gegenseitigkeitserfordernis des § 328 I Nr. 5 ZPO bzw. den Regeln der Prozesskostensicherheit (§110 a.F. ZPO) .....	76
1.	Systematischer Vergleich mit dem Gegenseitigkeitserfordernis des § 328 I Nr. 5 ZPO.....	77
2.	Systematischer Vergleich mit den Regeln der Prozesskostensicherheit nach §110 (a.F.) ZPO.....	81
VI.	Die Bedeutung der internen Organisation einer Staatenverbindung für die Bestimmung der Zurechnungsebene „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	84
1.	Die Regelungsbefugnis für die Anerkennung ausländischer Urteile als maßgebliches Bestimmungskriterium für die Zurechnungsebene „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO .....	86
2.	Die Organisationshoheit über das Gerichtssystem als relevantes Zurechnungskriterium für den Begriff „Staat“ im anerkennungsrechtlichen Sinn .....	89
3.	Die Anwendung gleichen Kollisions-, Verfahrens- oder Sachrechts als maßgebliches Kriterium für die Bestimmung des Begriffes „Staat“ im anerkennungsrechtlichen Sinn .....	93
a)	Die Anwendung gleichen Sachrechts als Zurechnungskriterium für § 328 I Nr. 1 ZPO .....	94
b)	Die Anwendung gleichen Verfahrensrechts als Zurechnungskriterium für § 328 I Nr. 1 ZPO .....	97
c)	Die Anwendung gleichen Kollisionsrechts als Zurechnungskriterium für § 328 I Nr. 1 ZPO .....	99
d)	Kombination aus einheitlichem Sachrecht, Verfahrensrecht und/oder Kollisionsrecht als Zurechnungskriterium für § 328 I Nr. 1 ZPO.....	103
C.	Zwischenergebnis: Ungeeignetheit der bisherigen Lösungsmodelle zur Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	104
D.	Die „verfassungsrechtlichen Strukturentscheidungen“ als maßgebliches Auslegungskriterium für die Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	105

## 2. Teil: Die „historisch-verfassungsstrukturorientierte Auslegung“ des Staatsbegriffes in § 328 I Nr. 1 ZPO und ihre Anwendung auf den deutsch-amerikanischen Rechtsverkehr

§ 5	Die Anwendung der „historisch-verfassungsstrukturorientierten Auslegung“ des § 328 I Nr. 1 ZPO auf den deutsch-amerikanischen Rechtsverkehr .....	115
§ 6	Der staatsorganisatorische Aufbau der Vereinigten Staaten von Amerika .....	118
A.	Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika .....	118
	I.    Aufbau und Struktur der amerikanischen Verfassung .....	118
	II.   Folgerungen für die „historisch-verfassungsstrukturorientierte Auslegung“ ....	121
B.	Die Stellung der amerikanischen Einzelstaaten im Verfassungsgefüge der Vereinigten Staaten von Amerika .....	122
	I.    Einführung in die Problemstellung .....	122
	II.   Das amerikanische Begriffsverständnis von „sovereignty“ als mögliche Fehlerquelle für das Verständnis der amerikanischen Verfassungsordnung .....	125
	III.  Die historische Entwicklung der amerikanischen Einzelstaaten .....	127
	1.  Die heutigen amerikanischen Bundesstaaten im Vorfeld der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung – Die Kolonialgeschichte als Grundlage für das Verständnis der Stellung der amerikanischen Bundesstaaten im Verfassungsgefüge der USA .....	128
	2.  Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die Zeit der amerikanischen „Confederation“ .....	129
	3.  Die Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika (1787) als bewusste Abkehr vom System der „Confederation“ – Der Wandel vom Staatenbund zum amerikanischen Bundesstaat .....	138
	a)  Aufgaben und Zielsetzungen der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika .....	138
	b)  Ableitung der Hoheitsbefugnisse von einem einheitlichen amerikanischen Staatsvolk als gemeinsamen Souverän .....	144
	IV.  Die Stellung der amerikanischen Einzelstaaten im Verfassungsgefüge der Vereinigten Staaten von Amerika und deren Auswirkungen auf die Auslegung des Begriffes Staat i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO .....	157
§ 7	Die Verteilung der Rechtsprechungsaufgaben zwischen den amerikanischen Bundesgerichten und den Gerichten der amerikanischen Einzelstaaten .....	163
A.	Die Gerichtsorganisation in den Vereinigten Staaten von Amerika .....	165
	I.    Gerichtsorganisation auf Bundesebene („Federal Court System“) .....	165
	II.   Gerichtsorganisation auf Staatenebene („State Court System“) .....	169

B.	Die geschichtliche Entwicklung des amerikanischen Gerichtssystems.....	171
I.	Vorgaben der amerikanischen Verfassung für die Ausgestaltung der Judikative.....	172
II.	Der „Judiciary Act“ von 1789 als Kompromisslösung .....	173
III.	Ausweitung und Stärkung der Bundesgerichtsbarkeit seit Ende des amerikanischen Bürgerkrieges .....	178
IV.	Folgerungen aus der Entstehungsgeschichte für die Stellung der amerikanischen Bundesgerichte innerhalb der amerikanischen Rechtssprechungsgewalt .....	181
C.	Die Verteilung der Rechtssprechungsaufgaben zwischen den Gerichten der amerikanischen Bundesstaaten und den amerikanischen Bundesgerichten: Das amerikanische System der Zuständigkeitsverteilung.....	183
I.	Überblick über die einzelnen Zuständigkeitsarten im amerikanischen Recht: Die „rules of jurisdiction“ und die „rules of venue“ .....	183
II.	Die „subject matter jurisdiction“ als Grundlage für die Verteilung der Rechtssprechungsaufgaben zwischen den amerikanischen Bundes- gerichten und den Gerichten der amerikanischen Einzelstaaten .....	186
1.	Verfassungsrechtliche Vorgaben für die „subject matter jurisdiction“ .....	187
2.	Einfachgesetzliche Konkretisierung der „subject matter jurisdiction“ .....	197
a)	Die Zuständigkeit der amerikanischen Bundesgerichte für „federal question cases“.....	198
aa)	28 U.S.C. Section 1331 als einfachgesetzliche Normierung der „federal question jurisdiction“ .....	198
bb)	Die Bedeutung der „federal question jurisdiction“ im amerikanischen Rechtssystem .....	201
b)	Die Zuständigkeit der amerikanischen Bundesgerichte für „diversity of citizenship cases“ .....	206
aa)	Anwendungsbereich der „diversity jurisdiction“ .....	206
bb)	Das von den amerikanischen Bundesgerichten in „diversity cases“ anwendbare Recht: Die „Erie-Klaxon“-Doktrin als Schlüssel zum Verständnis der „diversity jurisdiction“ .....	209
cc)	Folgen für die Bestimmung der Zurechnungsebene „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	217
III.	Die „personal jurisdiction“ als Grundlage für die interlokale Zuständigkeitsverteilung in den Vereinigten Staaten von Amerika .....	218
1.	Die historische Entwicklung der „personal jurisdiction“ als Schlüssel zu deren Verständnis.....	220
2.	Auswirkungen der „personal jurisdiction“ auf die Bestimmung der Zurechnungsebene „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO .....	240

D.	Die wechselseitige Pflicht zur Anerkennung der in den Schwesterstaaten ergangenen gerichtlichen Entscheidungen: Die „Full Faith and Credit Clause“ des Art. IV Section 1 US-Verfassung und deren Auswirkungen auf die Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO .....	246
I.	Das amerikanische Recht der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von „foreign judgments“: Funktion und Prüfungsumfang der Anerkennungsregeln.....	246
1.	Prüfungsumfang bei Entscheidungen von Einzelstaatengerichten anderer amerikanischer Bundesstaaten .....	249
2.	Prüfungsumfang bei Entscheidungen ausländischer Gerichte.....	251
II.	Folgerungen aus dem amerikanischen Anerkennungsrecht für die Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	253
E.	Das „XI. Amendment“ und dessen Auswirkungen auf die Bestimmung des Begriffes „Staat“ im anerkennungsrechtlichen Sinn .....	256
I.	Entstehungsgeschichte, Inhalt und Regelungszweck des „XI. Amendment“ .....	257
II.	Auswirkungen auf die Bestimmung des Begriffes „Staat“ i. S. d. § 328 I Nr. 1 ZPO.....	263
F.	Ergebnis .....	264
§ 8	Anwendung der in dieser Arbeit gefundenen Ergebnisse auf den Ausgangsfall und Ausblick .....	270
Literaturverzeichnis .....		272
Gerichtsentscheidungen .....		288
Sachverzeichnis .....		294

# Abkürzungsverzeichnis

AcP	Archiv für civilistische Praxis
Am. U. L. Rev.	American University Law Review
Ann. Surv. of Amer. L.	Annual Survey of American Law
Ariz. St. L. J.	Arizona State Law Journal
Ark. L. Rev.	Arkansas Law Review
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
B. U. L. Rev.	Boston University Law Review
B. Y. U. L. Rev.	Brigham Young University Law Review
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Brookl. L. Rev.	Brooklyn Law Review
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
Cai. R.	Caines' Reports
Cal. L. Rev.	California Law Review
Case W. Res. L. Rev.	Case Western Reserve Law Review
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Conn. L. Rev.	Connecticut Law Review
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
DePaul. L. Rev.	DePaul Law Review
Duke L. J.	Duke Law Journal
EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EUV	Vertrag über die Europäischen Union
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
F.	Federal Reporter

F. 2d.	Federal Reporter 2d Series
F. 3d.	Federal Reporter 3d Series
F. R. D.	Federal Rules Decisions
F. Supp.	Federal Supplement
FamRÄndG	Familienrechtsänderungsgesetz
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fordham L. Rev.	Fordham Law Review
Geo. Wash. L. Rev.	George Washington Law Review
GG	Grundgesetz
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hastings Const. L. Q.	Hastings Constitutional Law Quarterly
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privatrechts
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
LG	Landgericht
Marq. L. Rev.	Marquette Law Review
Md. L. Rev.	Maryland Law Review
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
N. C. L. Rev.	North Carolina Law Review
N. Y. U. L. Rev.	New York University Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
OLG	Oberlandesgericht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rev. Crit. de Droit Int. Privé	Revue Critique de Droit International Privé
RGC	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
S. C. L. Rev.	South Carolina Law Review
S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
StAZ	Das Standesamt – Zeitschrift für Standesamtswesen
Tex. L. Rev.	Texas Law Review
Tex. Tech L. Rev.	Texas Tech Law Review
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Colo. L. Rev.	University of Colorado Law Review
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review



U. Rich. L. Rev.	University of Richmond Law Review
U.S.	United States Reports
U.S.C.	United States Code
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
Wake Forest L. Rev.	Wake Forest Law Review
Wheat.	Wheaton
Wis. L. Rev.	Wisconsin Law Review
Yale L. J.	Yale Law Journal
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

# Einführung

## § 1 Gegenstand der Untersuchung

Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Zivilurteile gehört zu den Schwerpunkten des Internationalen Zivilprozessrechts, einem Teilgebiet des Internationalen Zivilverfahrensrechts.<sup>1</sup> Lange Zeit stand hierbei die *ordre public*-Klausel des § 328 I Nr. 4 ZPO<sup>2</sup> und die Verbürgung der Gegenseitigkeit i. S. d. § 328 I Nr. 5 ZPO<sup>3</sup> im Rampenlicht juristischer Untersuchungen.<sup>4</sup> Spätestens mit der Entscheidung des BGH vom 29. April 1999 – IX ZR 263/97<sup>5</sup> – ist jedoch auch die wissenschaftliche Diskussion um das „Spiegelbildprinzip“ von neuem entbrannt, dessen Berechtigung und genauer Inhalt seit mehr als hundert Jahren umstritten sind.<sup>6</sup> Danach kann eine Entscheidung eines ausländischen Gerichts nur dann anerkannt und für vollstreckbar erklärt werden, wenn das ausländische Gericht aus deutscher Sicht zur Entscheidung berufen ist, also die „Internationale Anerkennungszuständigkeit“ besitzt, wobei sich diese durch entsprechende („spiegelbildliche“) Anwendung der für die eigenen innerstaatlichen Gerichte geltenden Vorschriften der „Internationalen Ent-

---

<sup>1</sup> Untersuchungsgegenstand des Internationalen Zivilprozessrechts sind all diejenigen inländischen Rechtsnormen, welche streitige Prozessrechtsverhältnisse mit Auslandsbezug regeln, vgl. statt vieler: v. Bar/Mankowski, § 5 Rz. 2; Geimer, IZPR, Rz. 9; Linke, IZPR, Rz. 1; Schack, IZVR, Rz. 10 ff.; Schütze, IZPR, S. 2. Zum Internationalen Zivilverfahrensrecht gehören zusätzlich Prozessrechtsverhältnisse auf dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit, des Internationalen Insolvenzrechts und der Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, vgl. statt vieler: Schack, IZVR, Rz. 10 ff. Abweichend hiervon: v. Bar/Mankowski, § 5 Rz. 2, der auch die Regeln der freiwilligen Gerichtsbarkeit zum Internationalen Zivilprozessrecht zählt.

<sup>2</sup> Zur Bedeutung der „*ordre public*“-Klausel im Rechtsverkehr mit den USA bei „punitiv damages“ vgl. statt vieler: Bungert, ZIP 1992, S. 1707 ff., 1709; Herrmann, S. 66 ff.; Heß, JZ 2000, S. 373 ff., 378 ff.; Leipold, FS Stoll, S. 625 ff.; Pfeiffer, NJW 1994, S. 1634 ff., 1634; Rosengarten, S. 1 ff., 128 ff. (m.w.N.); Schack, ZEuP 1993, S. 306 ff., 328; Schack, IZVR, Rz. 869; Schack, ZJP 106 (1993), S. 104 ff., 106 ff.; Schütze, FS Geimer, S. 1025 ff., 1028 ff.; Stürmer, FS 50 Jahre BGH, S. 677 ff., 678 ff. Zur „*ordre public*“-Prüfung bei Schiedssprüchen: Hausmann, FS Stoll, S. 593 ff., 606 ff. Zum europäischen „*ordre public*“: Storme, FS Nakamura, S. 581 ff., 588 ff.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu beispielsweise: Schütze, Anerkennung, S. 20 (m.w.N.); Schütze, ZVglRWiss 98 (1999), S. 131 ff., 134 ff.; Stijß, FS Rosenberg, S. 229 ff., 231 ff.

<sup>4</sup> Vgl. statt vieler: Coester-Waltjen, FS Buxbaum, S. 101 ff., 103 f.; Koshiyama, S. 1.

<sup>5</sup> BGH, Urteil vom 29.04.1999 – IX ZR 263/97, BGHZ 141, S. 286 ff.

<sup>6</sup> Vgl. statt vieler: Coester-Waltjen, FS Buxbaum, S. 101 ff., 101.

scheidungszuständigkeit“ bestimmt.<sup>7</sup> Diese spiegelbildliche Anwendung bereitet – wie das Urteil des Bundesgerichtshofs zeigt – gerade dann Schwierigkeiten, wenn die anzuerkennende Entscheidung von einem Gericht einer ausländischen „Staatenverbindung“ erlassen wurde, wobei unter Staatenverbindung im Folgenden jeder auf Dauer angelegte Zusammenschluss von Staaten verstanden werden soll, welcher auf gleicher oder ungleicher Basis zustande kommt und von unterschiedlicher Intensität sein kann.<sup>8</sup>

Die Ursache für diese Schwierigkeiten liegt darin, dass die sowohl für die Anerkennung wie auch für die Vollstreckbarerklärung heranzuziehenden Voraussetzungen des § 328 ZPO teilweise auf territoriale Anknüpfungspunkte zurückgreifen, deren genauer Inhalt bis heute ungeklärt ist.

Dies zeigt das – der Arbeit zugrunde liegende – Urteil des BGH, in welchem folgender Sachverhalt zur Entscheidung stand:

*Ausgangsfall* (Sachverhalt von BGH, Urteil vom 29. April 1999 – IX ZR 263/97, BGHZ 141, S. 287 ff. – auf die für vorliegende Arbeit relevanten Fragestellungen verkürzt):

Die in Wisconsin/USA ansässige Klägerin hatte von der L. Company, Inc. aus Illinois/USA eine von der deutschen Firma L. L. gefertigte Maschine erworben.

Aufgrund der Mangelhaftigkeit der Maschine klagte die Klägerin vor dem United States Court – also einem amerikanischen<sup>9</sup> Bundesgericht<sup>10</sup> –, Eastern District of Wisconsin, gegen die amerikanische L. Company, deren Präsidenten und alleinigen Anteilsinhaber (vorliegend: Bekl. zu 1), den Betriebsleiter und Inhaber der deutschen L. L. (vorliegend: Bekl. zu 2) sowie den Firmennachfolger der L. L. (vorliegend: Bekl. zu 3) und erwirkte ein Zahlungsurteil in Form eines Versäumnisurteils.

Da die amerikanische L. Company mittlerweile in Konkurs gefallen war, beabsichtigte die Klägerin nunmehr, aufgrund des gegen die Bekl. zu 1 – 3 erwirkten US-amerikanischen Zahlungstitels in deren in Deutschland gelegenes Vermögen zu vollstrecken. Im Vollstreckbarerklärungsverfahren machte sie geltend, dass die Bekl. zu 1 und zu 2 zum Zeitpunkt der Klagezustellung 1991 ein Grundstück in Illinois besessen hätten, welches später auf den Bekl. zu 3 übertragen wurde.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu ausführlich: § 3 D., Seite 26 ff.

<sup>8</sup> Zum Begriff der „Staatenverbindung“ vgl.: *Ipsen*, § 5 IV Rz. 20.

<sup>9</sup> Sofern im Folgenden die Bezeichnung „amerikanisch“ verwendet wird, sind stets nur die Vereinigten Staaten von Amerika gemeint.

<sup>10</sup> Zum Aufbau des amerikanischen Gerichtswesens ausführlich: § 7 A., Seite 165 ff.

Im Vollstreckbarerklärungsverfahren nach §§ 722 ff., 328 ZPO hatte der BGH insbesondere<sup>11</sup> zu klären, ob das Urteil von einem zuständigen Gericht erlassen worden war. Dies wäre gemäß § 328 I Nr. 1 ZPO zu verneinen gewesen, wenn das amerikanische Bundesgericht in Wisconsin bei Anwendung des Spiegelbildprinzips aus deutscher Sicht international nicht entscheidungsbefugt gewesen wäre, ihm also die „Internationale Anerkennungszuständigkeit“<sup>12</sup> gefehlt hätte. Da nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Spiegelbildprinzip die Internationale Anerkennungszuständigkeit durch entsprechende Anwendung der Regeln über die „Internationale Entscheidungszuständigkeit“<sup>13</sup> bestimmt wird<sup>14</sup>, kam im Ausgangsfall als Anknüpfungspunkt für die Internationale Anerkennungszuständigkeit des amerikanischen Bundesgerichts in Wisconsin allein<sup>15</sup> das Eigentum der Beklagten an den im Staate Illinois gelegenen Grundstücken in Betracht. Deutschland gewährt nämlich seinen eigenen nationalen Gerichten in analoger Anwendung<sup>16</sup> des § 23 ZPO die Internationale Entscheidungszuständigkeit „für Klagen wegen vermögensrechtlicher Ansprüche gegen eine Person, die im Inland keinen Wohnsitz hat“, sofern es in Deutschland ein Gericht gibt, „in dessen Bezirk sich Vermögen derselben oder der mit der Klage in Anspruch genommene Gegenstand befindet“.<sup>17</sup>

---

<sup>11</sup> Die den BGH ebenfalls beschäftigende Frage, ob die amerikanische Klage ordnungsgemäß zugestellt worden war, soll vorliegend ausgeblendet werden, um den Umfang dieser Arbeit nicht zu sprengen. Vgl. hierzu statt vieler: *Roth*, ZZZ 112 (1999), S. 473 ff., 477 ff.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu ausführlich: § 3 A., Seite 17.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu ausführlich: § 3 A., Seite 18.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu ausführlich: § 3 D., Seite 26 ff.

<sup>15</sup> Vgl. OLG Hamm, Urteil vom 04.06.1997 – 1 U 2/96, IPRax 1998, S. 474 ff., 476; *Roth*, ZZZ 112 (1999), S. 473 ff., 486.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu: § 3 D., Seite 28.

<sup>17</sup> Zu § 23 ZPO als Grundlage für die Internationale Anerkennungszuständigkeit statt vieler: BGH, Urteil vom 29.04.1999 – IX ZR 263/97, BGHZ 141, S. 286 ff., 290; BGH, Urteil vom 18.04.1985 – VII ZR 359/83, BGHZ 94, S. 156 ff., 160; BGH, Urteil vom 03.12.1992 – IX ZR 229/91, BGHZ 120, S. 334 ff., 346 (jeweils m.w.N.). Zöllner – Geimer, § 328 Rz. 96b (der sich jedoch für eine restriktive Auslegung des § 23 ZPO ausspricht). Basedow, IPRax 1994, S. 183 ff., 186; *Chroczel/Westin*, ZVglRWiss 87 (1988), S. 145 ff., 149; *Fricke*, IPRax 1991, S. 159 ff., 160 f.; *Fricke*, NJW 1992, S. 3066 ff., 3068 f.; *Geimer*, NJW 1991, S. 3072 ff., 3073; *Heß*, JZ 2000, S. 373 ff., 378; *Jayme/Kohler*, IPRax 1991, S. 361 ff., 363; *HdbiZVR III/2 (Martiny)*, Rz. 640, 673 ff.; *Nagel/Gottwald*, § 11 Rz. 154; *Riezler*, S. 533 f.; *Roth*, ZZZ 112 (1999), S. 473 ff., 486; *Schack*, FS Nakamura, S. 491 ff., 493; *Schack*, ZZZ 107 (1994), S. 75 ff., 78; *Stürner/Bormann*, JZ 2000, S. 81 ff., 81.

Zur internationalen Rechtfertigung eines (auf den Wert des im Inland belegenen Vermögens beschränkten) Vermögensgerichtsstandes überzeugend: *Fischer*, RIW 1990, S. 794 ff., 795 f.; *Schack*, ZEuP 1993, S. 306 ff., 319 ff.; *Schack*, FS Nakamura, S. 491 ff., 511 f.; *Schack*, ZZZ 97 (1984), S. 46 ff., 48 ff.

Die Anwendung dieser Grundsätze gestaltete sich für den BGH aus zweierlei Hinsicht als schwierig: Zum einen besteht in den Vereinigten Staaten von Amerika sowohl auf Bundesebene wie auf Ebene der amerikanischen Einzelstaaten ein jeweils mehrinstanzliches Gerichtssystem<sup>18</sup>, zum anderen besitzen die amerikanischen Bundesstaaten rechtstatsächlich eine gewisse Unabhängigkeit und werden daher gelegentlich als „sovereign“ oder „autonomous“ bezeichnet.<sup>19</sup>

Der BGH stand daher vor der grundlegenden Frage, was im Rahmen des § 328 I Nr. 1 ZPO unter dem Begriff „Staat“ zu verstehen ist und welche Eigenschaften territoriale Untergliederungen innerhalb von Staatenverbindungen besitzen müssen, um als eigenständiger „Staat“ im Sinne des § 328 I Nr. 1 ZPO betrachtet werden zu können.

Konkret auf den Ausgangsfall bezogen bedeutete dies, dass der BGH darüber zu entscheiden hatte, ob die amerikanischen Bundesstaaten anerkennungsrechtlich als eigenständige Staaten betrachtet werden müssen, mit der Folge, dass aus deutscher Sicht lediglich die (Bundes-)Gerichte des Bundesstaates Illinois international zuständig gewesen wären, da nur dort Grundeigentum bestand und damit die zuständigkeitsbegründenden Tatsachen allein im Bundesstaat Illinois verwirklicht waren, oder ob aus deutscher Sicht die bundesstaatlichen Grenzen und damit die föderale Untergliederung der Vereinigten Staaten von Amerika – ähnlich wie die Untergliederung Deutschlands in die einzelnen Bundesländer – für die Bestimmung der Internationalen Anerkennungszuständigkeit außer Betracht zu lassen sind. Letzterenfalls würde der Grundbesitz der Beklagten im Bundesstaat Illinois ausreichen, um die Internationale Anerkennungszuständigkeit aller amerikanischen (Bundes-)Gerichte innerhalb des gesamten amerikanischen Bundesgebietes – und damit auch die Internationale Anerkennungszuständigkeit des den Rechtsstreit im Ausgangsfall entscheidenden Bundesgerichts im Nachbarstaat Wisconsin – zu begründen.

Die vorliegende Arbeit möchte diese Diskussion aufgreifen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, diejenigen Probleme, welche sich bei der Anwendung des Spiegelbildprinzips im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen typischerweise stellen, juristisch zu durchleuchten und gegebene

---

Kritisch zur einschränkenden Auslegung durch den BGH, der einen ausreichenden Inlandsbezug (z.B. BGH, Urteil vom 02.07.1991 – XI ZR 206/90, BGHZ 115, S. 90 ff., 93 ff.) fordert: *Schack*, FS Nakamura, S. 491 ff., 495 f. (mit rechtsvergleichenden Betrachtungen von Österreich, USA und Japan).

<sup>18</sup> Vgl. dazu ausführlich: § 7 A., Seite 165 ff.

<sup>19</sup> Vgl. dazu ausführlich: § 6 B.II., Seite 125 ff.

nenfalls neue, systematisch begründbare Lösungen bereitzustellen, wobei das Hauptaugenmerk auf den Rechtsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika und die Anerkennung US-amerikanischer Zahlungstitel gerichtet sein soll.

## § 2 Gang der Darstellung

Die Arbeit untergliedert sich in zwei Hauptteile:

Im ersten Hauptteil sollen die Anforderungen des Spiegelbildprinzips hinsichtlich der Internationalen Anerkennungszuständigkeit bei Staatenverbindungen untersucht werden. Ausgehend vom oben dargestellten Ausgangsfall soll eine in sich konsistente, wertungswiderspruchsfreie Lösung entwickelt werden, welche unabhängig von der konkreten staatsrechtlichen Ausgestaltung des Urteilsstaates in der Lage ist, eindeutige Ergebnisse hinsichtlich des Vorliegens der Internationalen Anerkennungszuständigkeit zu liefern.

Voraussetzung hierfür ist ein für alle denkbaren Fälle – also sowohl für Staatenverbindungen (insbesondere bei Bundesstaaten<sup>1</sup>, Staatenbünden<sup>2</sup> oder Staatenverbänden<sup>3</sup>) als auch für zentralistisch organisierte Staaten<sup>4</sup> – gleichermaßen anwendbares, theoretisch fundiertes Grundkonzept, welches nach einheitlichen Maßstäben bestimmt, was unter dem Begriff „Staat“ im Sinne des § 328 I Nr. 1 ZPO zu verstehen ist. Die Notwendigkeit eines derartigen Grundkonzepts ergibt sich hierbei bereits aus dem verfassungsrechtlich gebotenen Prinzip der Rechtssicherheit, da nach verlässlichen Richtlinien festgelegt sein muss, wann ein Beklagter aus inländischer Sicht vor einem ausländischen Gericht gerichtspflichtig ist.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Als Beispiel hierfür kann die Bundesrepublik Deutschland gelten, vgl. statt vieler: *Zippelius*, § 39 I, S. 404 ff. (mit weiteren Beispielen).

<sup>2</sup> Als historisches Beispiel für einen Zusammenschluss souveräner Staaten kann der Rheinbund (1806 – 1813) oder der Deutsche Bund (1815 – 1866), aber auch die Konföderation der amerikanischen Einzelstaaten zwischen 1781 und 1787 gelten, vgl. statt vieler: *Zippelius*, § 39 II, S. 412 ff. (mit weiteren Beispielen). Zur amerikanischen „Confederation“ ausführlich: § 6 B.III.2., Seite 137 ff.

<sup>3</sup> Hierzu gehören nach h.M. etwa die Europäischen Gemeinschaften (vgl. statt vieler: BVerfG, Urteil des zweiten Senats vom 12.10.1993 – 2 BvR 2134, 2159/92 („Maastricht“-Entscheidung), BVerfGE 89, S. 155 ff., 178, 182 ff., 188, 209 ff.; *Kirchhof*, Die Wahrnehmung von Hoheitsgewalt, I 3; *Zippelius*, § 40 V, S. 425 ff.), wobei sich nach h.M. auch durch die Einführung des Europäischen Verfassungsvertrages keine Änderungen an der Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaften ergeben werden, vgl. statt vieler: *Streinz*, Rz. 112.

<sup>4</sup> Als Beispiel hierfür kann – trotz der in jüngster Zeit zunehmenden Regionalisierungstendenzen – auch weiterhin Frankreich gelten. Aus der Zeit der Französischen Revolution stammt der am 25. September 1792 verkündete Beschluss, Frankreich sei „une et indivisible“, was über Art. 1 der Französischen Verfassung vom 04. Oktober 1958 („La France est une république indivisible“) bis heute Gültigkeit beansprucht, vgl. statt vieler: *Hoffmann-Martinot*, Länderbericht Frankreich, S. 363 ff., 372 ff.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu ausführlich: § 3 B., Seite 19 ff., 21.

Vor dem Hintergrund des Ausgangsfalles müssen deshalb folgende, bisher von der juristischen Fachliteratur eher wenig beachtete Fragen geklärt werden: Welche Auswirkungen hat die innere Organisationsstruktur der Staatenverbindung auf die Anwendung des Spiegelbildprinzips? Kommt es auf die interne Kompetenzverteilung innerhalb der Staatenverbindung an? Inwieweit ist die interne Gerichtsorganisation der Staatenverbindung für die Anerkennung nach deutschem Recht relevant? Hat es Auswirkungen, wenn innerhalb der Staatenverbindung gleiches (Sach-/Verfahrens-/Kollisions-)Recht angewendet wird? Welche Rolle spielen die Gründungsakte der jeweiligen Staatenverbindung? Kommt es auf die Art der Übertragung von Hoheitsrechten auf die einzelnen Staatsorgane durch den eigentlichen Souverän an?

Die hier entwickelte Lösung soll im zweiten Hauptteil dieser Arbeit auf den Rechtsverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika angewendet und deren Richtigkeit und Handhabbarkeit verifiziert werden.

Die Anerkennung amerikanischer Urteile in Deutschland ist zum einen deshalb von Bedeutung, weil die amerikanischen Gerichte aus deutscher Sicht rechtstatsächlich relativ weite Entscheidungszuständigkeiten für sich in Anspruch nehmen<sup>6</sup>, was zu erheblichen prozessualen Risiken für deutsche Firmen führen kann. Die Frage der Vollstreckbarkeit amerikanischer Zahlungstitel besitzt daher eine enorme wirtschaftliche Bedeutung, was bei der Auslegung des § 328 I Nr. 1 ZPO mitberücksichtigt werden muss.

Zum anderen ist die Anwendung des in § 328 I Nr. 1 ZPO verankerten Spiegelbildprinzips im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika aufgrund deren komplexer Verfassungs- und Organisationsstruktur in der deutschen Rechtswissenschaft besonders umstritten, da die Vereinigten Staaten von Amerika im internationalen Rechtsverkehr nach außen hin als ein einziges, einheitliches Völkerrechtssubjekt auftreten, im Innenverhältnis jedoch aus fünfzig relativ selbständigen territorialen Untereinheiten bestehen, welche ihrerseits in wichtigen Bereichen eigene Gesetzgebungsbefugnisse besitzen und ein eigenes mehrstufiges Gerichtssystem eingerichtet haben.<sup>7</sup>

Die vorliegende Arbeit möchte sich daher nicht nur auf die im Ausgangsfall aufgeworfene Frage beschränken, wie die internationale Zustän-

---

<sup>6</sup> Vgl. hierzu beispielsweise die jüngst in San Francisco anhängig gemachte Schadensersatzklage gegen Daimler-Chrysler wegen angeblich in Argentinien begangener Menschenrechtsverletzungen aufgrund des „Alien Tort Claims Act“, *Reuters*, Nachrichten vom 15.01.2004.

<sup>7</sup> Zum Aufbau des amerikanischen Gerichtswesens ausführlich: § 7 A., Seite 165 ff.



digkeit der amerikanischen Bundesgerichte bestimmt werden kann. Vielmehr soll auch untersucht werden, welche Auswirkungen es im Ausgangsfall gehabt hätte, wenn die Klage nicht vor einem amerikanischen Bundesgericht entschieden worden wäre, sondern vor einem Einzelstaatengericht eines amerikanischen Bundesstaates – im Ausgangsfall also nicht durch das amerikanische Bundesgericht, den United States Court, Eastern District of Wisconsin, sondern durch eines der erstinstanzlichen Einzelstaatengerichte in Wisconsin, also einen der „Circuit Courts“.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Wisconsin besteht aus zweiundsiebzig counties, die in zehn „judicial administrative districts“ eingeteilt werden. In jedem dieser zehn Distrikte sind seit der Verfassungsänderung von 1972 einheitlich „Circuit Courts“ als erstinstanzliche Gerichte zuständig, die zur Zeit mit insgesamt 241 „Circuit Court Judges“ besetzt sind (Stand: November 2003), Art. 7 Sect. 2 der Verfassung von Wisconsin (zuvor gab es „Circuit Courts“ und „County Courts“ mit unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen), vgl. hierzu ausführlich: Informationsseite der Wisconsin Circuit Courts, <http://www.courts.state.wi.us/about/organization/circuit/index.html>, zuletzt besucht: August 2004.

1. Teil:  
Das Spiegelbildprinzip als  
Anerkennungsvoraussetzung für ausländische  
Urteile in der Bundesrepublik Deutschland

*§ 3 Die Internationale Anerkennungszuständigkeit als  
Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsvoraussetzung  
nach § 328 I Nr. 1 ZPO*

A. Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Urteile als  
souveräner Akt staatlicher Hoheitsgewalt

Schon in den Arbeiten Johann Paul Anselm von Feuerbachs (1775 – 1833)<sup>1</sup> findet sich der allgemeine Grundsatz, dass in Ermangelung eines „Weltgesetzgebers“ jeder Staat selbst aufgrund seiner eigenen Staatssouveränität festlegen kann, unter welchen Voraussetzungen er ausländische Urteile im Inland anerkennt und für vollstreckbar erklärt.<sup>2</sup> Zivilurteile als Akte staatlicher Gerichte stellen nämlich eine Form der Ausübung von staatlicher Hoheitsgewalt dar.<sup>3</sup> Aufgrund der völkerrechtlich eindeutigen Zuordnung

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu ausführlich: § 4 B.II.1, Seite 57 ff.

<sup>2</sup> *Feuerbach*, II. Kapitel, S. 84 f.

<sup>3</sup> Mit Erlass der gerichtlichen Entscheidung wird die Basis für eine formell und materiell rechtskräftige Entscheidung des Rechtsstreits und damit eine Bindung der Parteien in Folgeprozessen geschaffen („prozessrechtliche Rechtskrafttheorie“, vgl. statt vieler: BGH, Urteil vom 06.03.1985 – IV b ZR 76/83, FamRZ 1985, S. 580 ff., 581. v. *Bar/Mankowski*, § 5 Rz. 113; *Jauernig*, § 62 S. 248 ff.; *Rosenberg/Schwab/Gottwald*, § 148 Rz. 1 ff.). Als Vollstreckungstitel kann das Urteil zudem einen Vollstreckungsauftrag an die innerstaatlichen Vollstreckungsorgane enthalten. Sowohl die Bindungswirkung gegenüber dem erneut angerufenen Richter bzw. der Vollstreckungsauftrag an die Vollstreckungsbehörden als Organe

eines Staatsgebietes zu einem Staat („territoriale Souveränität“) können derart verbindliche Anordnungen nur gegenüber den eigenen Staatsorganen erlassen werden; eine Bindung fremder Staatsorgane wäre mit den Prinzipien der Staatensouveränität unvereinbar („Gebietshoheit“).<sup>4</sup> So schreibt bereits Feuerbach:

„Kein Staat ist ursprünglich berechtigt, irgend einen Theil [sic] seiner höchsten Gewalt über ein fremdes Staatsgebiet zu erstrecken, und kein Staat ist ursprünglich verpflichtet, eine mittelbare oder unmittelbare Einwirkung fremder Staatsgewalt anzuerkennen.“<sup>5</sup>

Sodann führt er aus, dass sich die

„Wirksamkeit einer jeden Staatsgewalt nur über den Umfang ihres eignen Gebietes [sic] erstrecke und mithin eine fremde Staatsgewalt innerhalb der Grenzen unseres Staatsgebiets von keiner rechtlich verpflichtenden Wirkung sey [sic].“<sup>6</sup>

Die sich aus der gerichtlichen Entscheidung ergebenden Wirkungen sind daher – ebenso wie nationale Gesetzgebungsakte<sup>7</sup> – als Entfaltung von Staatstätigkeit zunächst auf das Staatsgebiet desjenigen Staats („Urteilsstaat“<sup>8</sup>) beschränkt, dessen Gericht ursprünglich tätig geworden ist. Sie binden zunächst nur die Gerichte und Behörden des Inlands.<sup>9</sup>

---

staatlicher Hoheitsgewalt sind jedoch Ausfluss der Territorial- und Personalhoheit des Staates und damit Zeichen staatlicher Souveränität.

<sup>4</sup> *Beys*, FS Geimer, S. 67 ff., 67; *Geiger*, § 45, S. 257, § 60 II. 1., S. 335 (unter Verweis auf den Palmas-Schiedsspruch vom 4. April 1928, RIA.A. II S. 239 und den Korfukanal-Fall, ICJ Reports 1949, S. 35), § 62 I, S. 341 ff.; *Habscheid*, FS Geimer, S. 255 ff., 259 ff.; *Koshiyama*, S. 97; *Mark/Ziegenhain*, NJW 1992, S. 3062 ff., 3062; *Schütze*, Anerkennung, S. 11; *Schütze*, FS Geimer, S. 1025 ff., 1034; *Schack*, FS Nakamura, S. 491 ff., 505.

<sup>5</sup> *Feuerbach*, II. Kapitel, S. 81.

<sup>6</sup> *Feuerbach*, II. Kapitel, S. 81.

<sup>7</sup> Für diese gilt der Grundsatz der „Exklusivität und Relativität der einzelstaatlichen Gesetzgebung“, vgl. statt vieler: *Ferid*, FS Dölle II, S. 119 ff., 130; *Geiger*, § 7 I 2 d), S. 19 f.

<sup>8</sup> Oftmals auch synonym als „Entscheidungsstaat“ bezeichnet, vgl. statt vieler: HdbIZVR III/2 (*Martiny*), Rz. 70.

<sup>9</sup> So folgert bereits Feuerbach, „dass, was die Justizgewalt des einen Staats als Recht erkannt hat, nur für diesen Staat als rechtsgültig betrachtet, nicht aber in fremdem Gebiet geltend gemacht werden könne“, *Feuerbach*, II. Kapitel, S. 81. Vgl. auch: *Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann – Hartmann*, § 328 Rz. 7; *Geimer*, Internationale Zuständigkeit, § 1, S. 25 f.; *Geimer*, IZPR, 851; *Gottwald*, FS Habscheid, S. 119 ff., 119 f.; *Koshiyama*, S. 97; *Linke*, IZPR, Rz. 331; *Mankowski*, RIW 1991, S. 181 ff., 182; *Matscher*, ZZP 103 (1990), S. 294 ff., 300, 307; HdbIZVR III/2 (*Martiny*), Rz. 68; *Riezler*, S. 509 f.; *Schack*, FS Nakamura, S. 491 ff., 505; *Schreiner*, S. 5.

Zum bereits in den Digesten verankerten Grundsatz „extra territorium ius dicenti impune non paretur“ auch: *Schütze*, FS Geimer, S. 1025 ff., 1025.

# Gerichtsentscheidungen

## 1. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

- Beschluss des zweiten Senats vom 29.05.1974 – 2 BvL 52/71  
(„Solange I“-Entscheidung), BVerfGE 37, S. 271 ff.  
Beschluss des zweiten Senats vom 22.10.1986 – 2 BvR 197/83  
(„Solange II“-Entscheidung), BVerfGE 73, S. 339 ff.  
Urteil des zweiten Senats vom 12.10.1993 – 2 BvR 2134, 2159/92  
(„Maastricht“-Entscheidung), BVerfGE 89, S. 155 ff.

## 2. Entscheidungen des Bundesgerichtshofs

- Urteil vom 30.09.1964 – VIII ZR 195/61, BGHZ 42, S. 194 ff.  
Urteil vom 14.06.1965 – GSZ 1/65, BGHZ 44, S. 46 ff.  
Urteil vom 15.11.1967 – VIII ZR 50/65, BGHZ 49, S. 50 ff.  
Urteil vom 26.03.1969 – VIII ZR 194/68, BGHZ 52, S. 30 ff.  
Urteil vom 09.07.1969 – VIII ZR 185/67, BGHZ 52, S. 251 ff.  
Urteil vom 30.10.1974 – IV ZR 18/73, BGHZ 63, S. 219 ff.  
Beschluss vom 25.10.1976 – IV ZB 38/76, NJW 1977, S. 150 f.  
Urteil vom 07.04.1976 – IV ZR 70/74, NJW 1976, S. 1590 ff.  
Urteil vom 19.09.1977 – VIII ZR 120/75, NJW 1978, S. 1114 f.  
Urteil vom 13.06.1978 – VI ZR 189/77, JZ 1979, S. 231 f.  
Urteil vom 11.04.1979 – IV ZR 93/78, NJW 1980, S. 529 ff.  
Urteil vom 06.03.1985 – IV b ZR 76/83, FamRZ 1985, S. 580 ff.  
Urteil vom 18.04.1985 – VII ZR 359/83, BGHZ 94, S. 156 ff.  
Urteil vom 06.11.1985 – IV b ZR 73/84, NJW 1986, S. 1440 ff.  
Urteil vom 13.07.1987 – II b ZR 188/86, NJW 1987, S. 3081 ff.  
Urteil vom 02.07.1991 – XI ZR 206/90, BGHZ 115, S. 90 ff.  
Urteil vom 03.12.1992 – IX ZR 229/91, BGHZ 120, S. 334 ff.  
Urteil vom 04.06.1992 – IX ZR 149/91, BGHZ 118, S. 312 ff.  
Urteil vom 20.04.1993 – XI ZR 17/90, NJW 1993, S. 2683 ff.  
Urteil vom 25.11.1993 – IX ZR 32/93, NJW 1994, S. 1413 ff.  
Urteil vom 22.11.1994 – XI ZR 45/91, NJW 1995, S. 1225 ff.  
Urteil vom 28.02.1996 – XII ZR 181/93, NJW 1996, S. 1411 ff.  
Urteil vom 21.11.1996 – IX ZR 264/95, NJW 1997, S. 397 ff.  
Urteil vom 29.04.1999 – IX ZR 263/97, BGHZ 141, S. 286 ff.

## 3. Entscheidungen des Reichsgerichts

- Urteil vom 25.03.1891 – I 11/91, RGC 27, S. 409 ff.  
Urteil vom 21.03.1902 – VII 29/02, RGZ 51, S. 135 ff.  
Urteil vom 11.03.1913 – VII 5/10, RGZ 82, S. 29 ff.  
Urteil vom 14.11.1929 – IV 665/28, RGZ 126, S. 196 ff.  
Urteil vom 14.02.1936 – II 169/35, RGZ 150, S. 265 ff.  
Urteil vom 26.04.1941 – IV 313/40, RGZ 166, S. 367 ff.

#### 4. Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts

Beschluss vom 21.12.1973 – BReg. 1 Z 99/73, NJW 1974, S. 421 ff.  
 Beschluss vom 11.01.1990 – BReg. 3 Z 150/89, NJW 1990, S. 3099  
 Beschluss vom 29.03.1990 – BReg. 3 Z 31/89, NJW-RR 1990, S. 842 ff.

#### 5. Entscheidungen der Oberlandesgerichte

Düsseldorf, Urteil vom 28.05.1991 – 4 U 119/90, RIW 1991, S. 598 ff.  
 Hamm, Urteil vom 04.06.1997 – 1 U 2/96, IPRax 1998, S. 474 ff.  
 Hamm, Urteil vom 25.03.1987 – 20 U 171/86, RIW 1987, S. 467 ff.  
 Köln, Beschluss vom 15.12.1986 – 26 UF 188/86, IPRax, S. 30 ff.  
 München, Beschluss vom 16.09.1992 – 12 UF 930/92, FamRZ, S. 349 ff.

#### 6. Entscheidungen der Landgerichte

Hamburg, Urteil vom 11.07.1991 – 302 O 49/91, IPRax 1992, S. 251 ff.  
 Heilbronn, Urteil vom 06.02.1991 – 1 b O 2122/89 III, RIW 1991, S. 343 ff.  
 München I, Urteil vom 28.06.1988 – 28 O 15047/85, RIW 1988, S. 738

#### 7. Entscheidungen amerikanischer Gerichte

*Abbott Laboratories v. Gardner*, 387 U.S. 136 ff. (1967)  
*Alden v. Maine*, 527 U.S. 706 ff. (1999)  
*Allen v. Wright*, 468 U.S. 737 ff. (1984)  
*American Fire & Cas. Co. v. Finn*, 341 U.S. 6 ff. (1951)  
*American National Red Cross v. S.G.*, 505 U.S. 247 ff. (1992)  
*American Well Works Co. v. Layne & Bowler Co.*, 241 U.S. 257 ff. (1916)  
*Ankenbrandt v. Richards*, 504 U.S. 689 ff. (1992)  
*The Antelope*, 23 U.S. (10 Wheat.) 66 ff. (1825)  
*Asahi Metal Industry Co., Ltd. v. Superior Court of California, Solano County*, 480 U.S. 102 ff. (1987)  
*Atascadero State Hosp. v. Scanlon*, 473 U.S. 234 ff. (1985)  
*Baker by Thomas v. General Motors Corp.*, 522 U.S. 222 ff. (1998)  
*Baker v. Carr*, 369 U.S. 186 ff. (1962)  
*Bank of United States v. Deveaux*, 9 U.S. 61 ff. (1809)  
*Barber v. Barber*, 323 U.S. 77 ff. (1944)  
*Bartlet v. Knight*, 1 Mass. 401 ff. (1805)  
*Bennett v. Spear*, 520 U.S. 154 ff. (1997)  
*Bissell v. Briggs*, 9 Mass. 462 ff. (1813)  
*Black & White Taxicab & Transfer Co. v. Brown & Yellow Taxicab & Transfer Co.*, 276 U.S. 518 ff. (1928)  
*Board of Trustees of the University of Alabama v. Garrett*, 531 U.S. 356 ff. (2001)  
*Borden v. Fitch*, 15 Johns. 121 ff. (1818)  
*Brown v. Western Ry.*, 338 U.S. 294 ff. (1949)  
*Burford v. Sun Oil Co.*, 319 U.S. 315 ff. (1943)  
*Burger King Corp. v. Rudzewicz*, 471 U.S. 462 ff. (1985)  
*Burlington Northern R. Co. v. Woods*, 480 U.S. 1 ff. (1987)  
*Burnham v. Superior Court of California, County of Marin*, 495 U.S. 604 ff. (1990)

- Bush v. Gore*, 531 U.S. 98 ff. (2001)  
*Byrd v. Blue Ridge Rural Electric Cooperative, Inc.*, 356 U.S. 525 ff. (1958)  
*Calder v. Jones*, 465 U.S. 783 ff. (1984)  
*Cameron v. Hodges*, 127 U.S. 322 ff. (1888)  
*Capron v. Van Noorden*, 6 U.S. (2 Cranch) 126 ff. (1804)  
*Chae Chan Ping v. U.S.* („*The Chinese Exclusion Case*“), 130 U.S. 581 ff. (1889)  
*Chisholm v. Georgia*, 2 U.S. 419 ff. (1793)  
*City of Boerne v. Flores*, 521 U.S. 507 ff. (1997)  
*City of Chicago v. International College of Surgeons*, 522 U.S. 156 ff. (1997)  
*The Civil Rights Cases*, 109 U.S. 3 ff. (1883)  
*Cohens v. State of Virginia*, 19 U.S. (6 Wheat.) 264 ff. (1821)  
*Coleman v. Thompson*, 501 U.S. 722 ff. (1991)  
*Colorado v. New Mexico*, 459 U.S. 176 ff. (1982)  
*Commissioner of Internal Revenue v. Estate of Bosch*, 387 U.S. 456 ff. (1967)  
*D'Arcy v. Ketchum*, 52 U.S. (11 How.) 165 ff. (1850)  
*Devine v. City of Los Angeles*, 202 U.S. 313 ff. (1906)  
*Dice v. Akron, C. & Y. R.R.*, 342 U.S. 359 ff. (1952)  
*District of Columbia Court of Appeals v. Feldman*, 460 U.S. 462 ff. (1983)  
*Edelman v. Jordan*, 415 U.S. 651 ff. (1974)  
*Employees of the Department of Public Health & Welfare v. Department of Public Health & Welfare*, 411 U.S. 279 ff. (1973)  
*Erie Railroad v. Tompkins*, 304 U.S. 64 ff. (1938)  
*Ex parte Young*, 209 U.S. 123 ff. (1908)  
*The Fair v. Kohler Die & Specialty Co.*, 228 U.S. 22 ff. (1913)  
*Fauntleroy v. Lum*, 210 U.S. 230 ff. (1908)  
*Federal Maritime Commission v. South Carolina Ports Authority*, 535 U.S. 743 ff. (2002)  
*Fidelity Union Trust Co. v. Field*, 311 U.S. 169 ff. (1940)  
*Fitzpatrick v. Bitzer*, 427 U.S. 445 ff. (1976)  
*Flast v. Cohen*, 392 U.S. 83 ff. (1968)  
*Florida Dept. of Health and Rehabilitative Services v. Florida Nursing Home Ass'n*, 450 U.S. 147 ff. (1981)  
*Florida Power & Light Co. v. Canal Authority of State of Fla.*, 423 So.2d 421 ff. (1982)  
*Franchise Tax Bd. v. Construction Laborers Vacation Trust*, 463 U.S. 1 ff. (1983)  
*Garcia v. San Antonio Metropolitan Transit Authority*, 469 U.S. 528 ff. (1985)  
*Gibbons v. Ogden*, 22 U.S. 1 ff. (1824)  
*Gregory v. Ashcroft*, 501 U.S. 452 ff. (1991)  
*Grover & Baker Sewing-Mach. Co. v. Radcliffe*, 137 U.S. 287 ff. (1890)  
*Guaranty Trust Co. of N.Y. v. York*, 326 U.S. 99 ff. (1945)  
*Gulf Offshore Co. v. Mobil Oil Corp.*, 453 U.S. 473 ff. (1981)  
*Gully v. First Nat. Bank*, 299 U.S. 109 ff. (1936)  
*Hall v. Williams*, 23 Mass. (6 Pick.) 232 ff. (1828)  
*Hamilton v. Accu-Tek*, 32 F. Supp. 2d 47 ff. (1998)  
*Hanna v. Plumer*, 380 U.S. 460 ff. (1965)  
*Hans v. Louisiana*, 134 U.S. 1 ff. (1890)  
*Hanson v. Denckla*, 357 U.S. 235 ff. (1958)  
*Helicopteros Nacionales de Colombia, S.A. v. Hall*, 466 U.S. 408 ff. (1984)  
*Henry L. Doherty & Co. v. Goodman*, 294 U.S. 623 ff. (1935)  
*Hess v. Pawloski*, 274 U.S. 352 ff. (1927)  
*Hilton v. Guyot*, 159 U.S. 113 ff. (1895)

- Hitchcock & Fitch v. Aicken*, 1 Cai. R. 460 ff. (1803)  
*Hodgson & Thompson v. Bowerbank*, 9 U.S. (5 Cranch) 303 ff. (1809)  
*Huron Holding Corporation v. Lincoln Mine Operating Co.*, 312 U.S. 183 ff. (1941)  
*Hutto v. Finney*, 437 U.S. 678 ff. (1978)  
*Hymowitz v. Eli Lilly and Co.*, 73 N.Y.2d 487 ff. (1989)  
*Idaho v. Coeur d'Alene Tribe*, 521 U.S. 261 ff. (1997)  
*In re Burrus*, 136 U.S. 586 ff. (1890)  
*In re estate of Wesley A. Steffke*, 222 N.W.2d 628 ff. (1974)  
*In re New York*, 256 U.S. 490 ff. (1921)  
*In re Union Carbide Corp. Gas Plant Disaster at Bhopal, India*, 809 F. 2d 195 ff. (1987)  
*Indianapolis Airport Authority v. American Airlines, Inc.*, 733 F. 2d 1262 ff. (1984)  
*Insurance Corp. of Ireland v. Campagnie des Bauxites de Guinee*, 456 U.S. 694 ff. (1982)  
*International Harvester Co. of America v. Commonwealth of Kentucky*, 234 U.S. 579 ff. (1914)  
*International Shoe Co. v. State of Washington, Office of Unemployment Compensation and Placement*, 326 U.S. 310 ff. (1945)  
*Joy v. City of St. Louis*, 201 U.S. 332 ff. (1906)  
*Katzenbach v. McClung*, 379 U.S. 294 ff. (1964)  
*Keeton v. Hustler Magazine, Inc.*, 465 U.S. 770 ff. (1984)  
*Klaxon Co. v. Stentor Electric Mfg. Co.*, 313 U.S. 487 ff. (1941)  
*Kline v. Burke Construction Co.*, 260 U.S. 226 ff. (1922)  
*Lafayette Ins. Co. v. French*, 59 U.S. (18 How.) 404 ff. (1855)  
*Lauf v. E.G. Shinner & Co.*, 303 U.S. 323 ff. (1938)  
*Lloyd v. Loeffler*, 694 F. 2d 489 ff. (1982)  
*Lockerty vs. Phillips*, 319 U.S. 182 ff. (1943)  
*Louisville & Nashville R.R. v. Mottley*, 211 U.S. 149 ff. (1908)  
*Magnolia Petroleum Co. v. Hunt*, 320 U.S. 430 ff. (1943)  
*Marbury v. Madison*, 5 U.S. 137 ff. (1803)  
*Martin v. Hunter's Lessee*, 14 U.S. 304 ff. (1816)  
*McCulloch v. State of Maryland*, 17 U.S. (4 Wheat.) 316 ff. (1819)  
*McElmoyle, for Use of Bailey v. Cohen*, 38 U.S. (13 Pet.) 312 ff. (1839)  
*McGee v. International Life Ins. Co.*, 355 U.S. 220 ff. (1957)  
*McKesson Corp. v. Divison of Alcohol Beverages & Tobacco, Department of Business Regulation of Florida*, 496 U.S. 18 ff. (1990)  
*McNutt v. General Motors Acceptance Corp. of Indiana*, 298 U.S. 178 ff. (1936)  
*Merrell Dow Pharmaceuticals, Inc. v. Thompson*, 478 U.S. 804 ff. (1986)  
*Metropolitan Life Ins. Co. v. Robertson-Ceco Corp.*, 84 F.3d 560 ff. (1996)  
*Milliken v. Meyer*, 311 U.S. 457 ff. (1940)  
*Milwaukee County v. M.E. White Co.*, 296 U.S. 268 ff. (1935)  
*Minneapolis & St. L. R. R. v. Bombolis*, 241 U.S. 211 ff. (1916)  
*Miserandino v. Resort Properties, Inc.*, 345 Md. 43 ff. (1997)  
*Munn v. People of State of Illinois*, 94 U.S. (4 Otto) 113 ff. (1876)  
*National Exchange Bank v. Wiley*, 195 U.S. 257 ff. (1904)  
*Neirbo Co. v. Bethlehem Shipbuilding Corp.*, 308 U.S. 165 ff. (1939)  
*New State Ice Corporation v. Liebman*, 285 U.S. 262 ff. (1932)  
*New York v. United States*, 505 U.S. 144 ff. (1992)  
*Nixon v. U.S.*, 506 U.S. 224 ff. (1993)  
*Northern Pipeline Constr. Co. v. Marathon Pipe Line Co.*, 458 U.S. 50 ff. (1982)  
*Osborn v. Bank of United States*, 22 U.S. 738 ff. (1824)

- Owen Equip. & Erection Co. v. Kroger*, 437 U.S. 365 ff. (1978)  
*Paige v. Sinclair*, 237 Mass. 482 ff. (1921)  
*Palmore v. U.S.*, 411 U.S. 389 ff. (1973)  
*Parden v. Terminal Ry. of Alabama State Docks Dept.*, 377 U.S. 184 ff. (1964)  
*Patsy v. Board of Regents of State of Fla.*, 457 U.S. 496 ff. (1982)  
*Pawling v. Willson & Smith*, 13 Johns. 192 ff. (1816)  
*Pennhurst State School & Hosp. v. Halderman*, 465 U.S. 89 ff. (1984)  
*Pennoyer v. Neff*, 95 U.S. (5 Otto) 714 ff. (1877)  
*Pennsylvania v. Union Gas Co.*, 491 U.S. 1 ff. (1989)  
*Perez v. U.S.*, 402 U.S. 146 ff. (1971)  
*Phillips Petroleum Co. v. Shutts*, 472 U.S. 797 ff. (1985)  
*Piper Aircraft Company v. Reyno*, 454 U.S. 235 ff. (1981)  
*Port Authority Trans-Hudson Corp. v. Feeney*, 495 U.S. 299 ff. (1990)  
*Printz v. United States*, 521 U.S. 898 ff. (1997)  
*Romero v. International Terminal Operating Co.*, 358 U.S. 354 ff. (1959)  
*Rose v. Giamatti*, 721 F.Supp. 906 ff. (1989)  
*Ruhrgas AG v. Marathon Oil Co.*, 526 U.S. 574 ff. (1999)  
*Scheuer v. Rhodes*, 416 U.S. 232 ff. (1974)  
*Seminole Tribe of Florida v. Florida*, 517 U.S. 44 ff. (1996)  
*Senate Select Committee on Presidential Campaign Activities v. Nixon*, 366 F.Supp. 51 ff. (1973)  
*Shaffer v. Heitner*, 433 U.S. 186 ff. (1977)  
*Shamrock Oil & Gas Corp. v. Sheets*, 313 U.S. 100 ff. (1941)  
*Sheldon v. Sill*, 49 U.S. 441 ff. (1850)  
*Sindell v. Abbott Laboratories*, 26 Cal.3d 588 ff. (1980)  
*Sioux Remedy Co. v. Cope*, 235 U.S. 197 ff. (1914)  
*Skelly Oil Co. v. Phillips Petroleum Co.*, 339 U.S. 667 ff. (1950)  
*The Slaughterhouse Cases*, 83 U.S. 36 ff. (1873)  
*Snyder v. Harris*, 394 U.S. 332 ff.  
*Socialist Labor Party v. Gilligan*, 406 U.S. 583 ff. (1972)  
*State Farm Fire & Cas. Co. v. Tashire*, 386 U.S. 523 ff. (1967)  
*State of Missouri v. Fiske*, 290 U.S. 18 ff. (1933)  
*State of Ohio ex rel. Popovici v. Agler*, 280 U.S. 379 ff. (1930)  
*State of Wisconsin v. Pelican Ins. Co.*, 127 U.S. 265 ff. (1888)  
*Steigleder v. McQuesten*, 198 U.S. 141 ff. (1905)  
*Stoll v. Gottlieb*, 305 U.S. 165 ff. (1938)  
*Stone v. Powell*, 428 U.S. 465 ff. (1976)  
*Strawbridge v. Curtiss*, 7 U.S. (3 Cranch) 267 ff. (1806)  
*Stuart v. Laird*, 5 U.S. 299 ff. (1803)  
*Swift v. Tyson*, 41 U.S. 1 ff. (1842)  
*Tafflin v. Levitt*, 493 U.S. 455 ff. (1990)  
*Tennessee v. Davis*, 100 U.S. 257 ff. (1879)  
*Texas v. White*, 74 U.S. 700 ff. (1869)  
*Thomas v. Washington Gas Light Co.*, 448 U.S. 261 ff. (1980)  
*Thompson v. Thompson*, 484 U.S. 174 ff. (1988)  
*Thompson v. Whitman*, 85 U.S. 457 ff. (1873)  
*Turner v. Bank of North America*, 4 U.S. (4 Dall.) 8 ff. (1799)  
*United States v. Curtiss-Wright Export Corporation*, 299 U.S. 304 ff. (1936)  
*United States v. Lopez*, 514 U.S. 549 ff. (1995)  
*United States v. Mississippi*, 380 U.S. 128 ff. (1965)



- United States v. Morrison*, 529 U.S. 598 ff. (2000)  
*United States v. Nixon*, 418 U.S. 683 ff. (1974)  
*United States v. Texas*, 143 U.S. 621 ff. (1892)  
*United States v. U.S. Gypsum Co.*, 333 U.S. 364 ff. (1948)  
*Verlinden B.V. v. Central Bank of Nigeria*, 461 U.S. 480 ff. (1983)  
*Walker v. Armco Steel Corp.*, 446 U.S. 740 ff. (1980)  
*Ware v. Hylton*, 3 U.S. (3 Dall.) 199 ff. (1796)  
*Welch v. Texas Dept. of Highways & Pub. Transp.*, 483 U.S. 468 ff. (1987)  
*Wickard v. Filburn*, 317 U.S. 111 ff. (1942)  
*Williamson v. Osenton*, 232 U.S. 619 ff. (1914)  
*World-Wide Volkswagen Corp. v. Woodson*, 444 U.S. 286 ff. (1980)  
*Yakus v. United States*, 321 U.S. 414 ff. (1944)  
*Yellow Freight System, Inc. v. Donnelly*, 494 U.S. 820 ff. (1990)  
*Younger v. Harris*, 401 U.S. 37 ff. (1971)

# Sachverzeichnis

- action on the judgment 249
- administrativ agencies 167
- Alien Tort Claims Act 7
- Amerikanisch-Deutscher Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag 13, 82
- Amerikanische Gerichte
  - Bankruptcy Judge 166
  - Circuit Court 8, 167, 177 ff., 274 f.
  - Court of International Trade 166 f.
  - Courts of Appeals 167 ff., 189, 275, 290
  - Criminal Trial Courts 170
  - en banc 168
  - Intermediate Appellate Courts 170
  - jury 173, 177, 184 f., 188
  - Specialized Tribunals 186
  - U.S. Circuit Court 174, 176 ff., 274 f.
  - U.S. Claims Court 166 f.
  - U.S. District Court 166, 177, 180
  - U.S. Supreme Court 44, 118, 151, 155, 166 ff., 188, 190 ff., 199, 202 f., 205, 211 ff., 216, 222 ff., 231, 233 f., 237, 240 ff., 241, 242, 251 f., 256, 258 ff.
- Amerikanische Geschichte
  - Boston Massacre (1770) 130
  - Coercive Acts (1774) 135
  - Declaration of Colonial Rights and Grievances (1774) 135
  - Erster Kontinentalkongress (1774) 135
  - Zweiter Kontinentalkongress (1775) 135
  - French and Indian War (1753) 129
  - Konföderalisten 144
  - Privy Council 131, 169
  - salutary neglect 130
  - Stamp Act (1765) 129
  - Townshend duties (1767) 129, 135
  - Unionisten 144
- Amerikanische Unabhängigkeitserklärung (1776) 127 ff., 134 ff., 169
- Amerikanische Verfassung
  - Concept of divided Sovereignty 143
  - Dynamisches Konzept der Aufgabenverteilung 153
  - Full Faith and Credit Clause (Art. IV Section 1 US-Verfassung) 119, 164 f., 219, 222 f., 242, 246 ff.
  - Kompromisslösung 123, 173 f., 217
  - Prinzip der Fragmentierung 141, 158
  - Prinzip der Machtdiffusion 141, 158, 195
  - Recht zur Sezession 148
  - Supremacy Clause (Artikel VI Absatz 2 US-Verfassung) 119, 147, 172, 175, 181, 202, 210, 237, 262
  - X. Amendment 119 ff., 150, 157
  - XI. Amendment 165, 187, 256 ff.
  - XIII. Amendment 225, 268
  - XIV. Amendment 123, 144, 225 ff., 263
  - XVII. Amendment 142
- Amerikanisches Zuständigkeitsrecht
  - Admiralty and Maritime Cases 174, 188 f., 261
  - Diversity Jurisdiction 43, 82, 90, 100, 163, 175 ff., 189, 198, 206 ff., 220, 240, 260 f., 266
  - Federal Question Jurisdiction 175 f., 179, 187 ff., 198 ff., 210, 261
  - general jurisdiction 170, 193, 221, 233, 235, 239
  - jurisdiction in personam 225 ff.
  - jurisdiction in rem 225 ff., 229 ff.
  - limited jurisdiction 193
  - original jurisdiction 166, 186, 196, 199, 202, 207
  - Personal Jurisdiction 123, 164, 183 f., 218 ff., 241 ff., 248 ff.
  - rules of jurisdiction 183 ff., 218, 266
  - rules of venue 183 ff.
  - special jurisdiction 170
  - Subject Matter Jurisdiction 50 f., 163, 183 ff., 193 f., 197, 240, 243, 250, 259 f., 266, 271
  - supplemental jurisdiction 192, 197
  - Venue 184 f., 241
  - Zuständigkeitsvermutung 193 f.
- Anerkennungsfeindlichkeit 57
- Anerkennungsstaat 11, 20, 23 f.
- Anerkennungsvoraussetzungen 9, 23, 60 ff., 88, 284

- Anerkennungszuständigkeit *siehe: Zuständigkeit*
- Annexkompetenz 152
- Anti-Federalists 220, 223
- arising under 188 ff., 198 ff.
- Ausgangsfall 2 ff., 12, 14, 30, 36, 47, 49 f., 67, 73, 77, 80, 87, 90, 94, 96, 98, 99, 103, 270
- autonomes deutsches Recht 14, 277
- Autonomie 69
- autonomous 4, 125, 137, 160
- Befolungsregeln 17, 19
- Beklagtenschutz 276
- Berliner Entwurf 62
- Beurteilungsregeln 17
- Binnenmarkt 103, 152
- Bodin, Jean (1530 – 1596) 54
- Boston Tea Party (1773) 135
- Bundesstaat 4, 36, 39 ff., 46, 73, 87, 99, 127, 138, 153, 156, 161, 169, 204, 220, 249, 254 f., 270
- case law system 116
- Charter 130, 133, 135
- check and balances 141, 195, 267
- circuit riding 167, 174, 177, 179
- Civil Rights Act (1875) 179, 226
- collateral attack 194
- comity 80, 222, 227 f., 249 ff.
- Common Law 116 f., 117, 176 f., 210 f., 214 ff., 218, 221, 241 f.  
– historische Dimension 117
- Common law pleadings 129
- complete diversity 208
- Confederation (1777) 6, 127, 129, 137 ff., 144 f., 149 ff., 157, 189 f.
- conflict-of-laws rules 214
- Congress of the United States 118, 121, 136, 138, 141, 147, 151 ff., 160, 171, 173, 178, 185, 188 ff., 196 ff., 206, 208, 215, 219, 247, 257, 278, 283, 285, 287
- Connecticut Compromise 140
- Constitution, ursprüngliches  
Begriffsverständnis 132
- Constitutional Convention (1787) 139, 191, 258
- constitutional limits 196
- convention double 12
- convention mixte 12
- convention simple 12
- Cromwell, Oliver (1599 – 1658) 130
- Decisional Law 116
- Deutscher Bund (1815-1866) 6
- domestic judgment 221 ff.
- Doppelfunktionalität 29
- Drei-Elemente-Lehre 68  
– Staatsgebiet 10, 21 ff., 55, 65, 68, 101, 245, 255, 268  
– Staatsgewalt 10, 68 f., 89  
– Staatsvolk 68, 107 f., 134, 144, 148, 150, 153, 155 ff., 265
- Dreistufiger Prüfungsaufbau der historisch-verfassungsstrukturorientierten Auslegung 109 ff.
- due-process-Gebot 219, 226 ff., 231 ff., 241 f., 248 ff.
- Ellsworth, Oliver 173
- Englische Geschichte  
– Bill of Rights (1688) 119, 132, 203  
– Glorious Revolution (1688) 131  
– King-in-Parliament 131, 132, 139, 158, 266  
– Langes Parlament (1640 – 1660) 131  
– Magna Carta (1215) 132
- Entscheidungseinklang, internationaler 74, 99, 254
- Entscheidungsstaat 10, 232 ff., 242
- Entscheidungszuständigkeit *siehe: Zuständigkeit*
- Erie-Klaxon-Doktrin 90, 163, 177, 206, 209, 214 ff., 268
- Europäische Gemeinschaften 6, 69, 71, 103 f., 107, 113, 126, 146, 149, 153, 156, 276
- Europäische Union 104 f., 153, 276, 285
- Exorbitante Gerichtsstände 283
- Federal Common Law 205, 211 f., 216 f., 286
- Federal Court System 165 f.
- federal crimes 174
- federal judicial rulemaking power 214
- Federal Question Jurisdiction *siehe: Amerikanisches Zuständigkeitsrecht*
- Federal Rules of Civil Procedure 177, 210, 214
- Federalist Papers 120, 124, 133 f., 140 ff., 151, 153 ff., 277 f.
- Federalists 220, 223
- federalization 152, 182, 280

- v. Feuerbach, Paul Johann Anselm (1775 – 1833) 9, 10, 16, 22, 27, 52 ff., 57 ff., 64 ff., 77, 252, 275
- foreign judgment 16, 221 ff., 246, 253
- Forum shopping 95
- Fragekatalog (zur historisch-verfassungsstrukturorientierten Auslegung) 111
- Fragenkatalog 264
- funktionale Betrachtungsweise 43, 209
- Gebietshoheit 10, 48, 95, 105, 227 ff., 233
- Gegenseitigkeit 1, 58, 63, 78 ff., 88, 274, 276, 278, 282 ff.
- Gegenseitigkeitserfordernis (§ 328 I Nr. 5 ZPO) 42, 76 ff., 83, 113, 252
- Gemeines (römisches) Recht 55
- Gemeinsamer Markt 103
- general appearance 240
- general trial competence 166
- Gerichtsorganisation 7, 46, 92, 104, 162, 165, 169, 265
- Gerichtspflichtigkeit, internationale 21 ff., 33, 36, 42, 44 f., 61, 92, 95, 101, 114, 270 f.
- Gesamtbetrachtung, wertende 110 f.
- Günstigkeitsvergleich 15
- Handlungskompetenz 71
- Hannoversche Kommission 62
- Hannoverscher Entwurf 62
- Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 55 f., 61, 64 f., 105
- hinkende Rechtsverhältnisse 19
- historisch-verfassungsstrukturorientierte Auslegung 113 f., 121 ff., 161 ff., 183, 201, 264, 269 ff.
- Hoheitsbefugnisse 43, 66, 104, 107, 122, 126, 131, 134, 144, 148, 151, 153 ff., 160, 264 f.
- imperium romanum 53
- Internationale Organisationen 71
- Internationales Zivilprozessrecht 1, 74
- Internationales Zivilverfahrensrecht 1, 73, 278, 281, 286
- Internum, irrelevantes 39, 44, 50, 75, 85, 93
- issues of fact 184
- issues of law 184
- Jefferson, Thomas (1743 – 1826) 131, 135, 172
- Judiciary Act  
– Act of 1789 119, 137, 173 ff., 182, 190 f., 197 f., 202, 206, 211, 214, 217, 258, 286  
– Act of 1801 57, 175 ff., 275  
– Act of 1802 175 f., 275  
– Act of 1875 175, 179, 275  
– Act of 1891 180
- Jurisdiktionssphäre 22, 24, 27 f., 37, 42, 47, 70 ff., 75, 80, 84, 86, 91 ff., 104, 106, 108, 109 ff., 161 ff., 183, 187, 201, 206, 209, 216 ff., 242 ff., 255 f., 263 ff., 268 f.
- Justizhoheit 57, 92
- Kollisionsnormen  
– allseitige 31, 102  
– einseitige 31
- Kollisionsrecht 94 f., 99 ff., 163, 209, 214, 243, 272, 275
- Kolonien  
– charter colonies 130  
– proprietary colonies 130  
– royal colonies 130
- Kompetenz-Kompetenz 110, 126
- kooperativer Föderalismus 152
- lex fori-Prinzip 20, 36, 95, 97, 99, 101, 210
- Lincoln, Abraham (1861 – 1865) 178
- Lockes, John (1632 – 1707) 131, 225
- long-arm statutes 237
- Madison, James (1751 – 1836) 120, 124, 134, 140 ff., 148, 151, 153 ff., 159, 172
- Melanchthon (1497 – 1560) 54
- merger-doctrine 250, 251, 254
- minimal contacts-Formel 33
- mootness 196
- Nation 48, 53 ff., 64, 106
- Nationalstaat 48, 49
- New Jersey Plan 139
- Norddeutsche Kommission 62
- Norddeutscher Bund 62
- Normenhierarchie 15
- Organisationshoheit 86, 89 ff.
- outcome determinative test 213
- Paterson, William 139, 173

- Personalhoheit 10, 126, 225, 231  
 Personal Jurisdiction *siehe: Amerikanisches Zuständigkeitsrecht*  
 political question doctrine 196  
 pouvoir constituant 107  
 Precedents 215, 217  
 Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung (compétence d'attribution) 107, 153  
 Privileges and Immunities Clause 119  
 Prorogation 25, 281  
 Prozesskostensicherheit 42, 45, 76, 81 ff.  
 public policy 250 ff.  
  
 real-and-substantial-connection-clause 33  
 Rechtsprechungsgewalt 71, 106 ff., 112, 116, 122, 162, 166, 171, 196, 216  
 Rechtsspaltung 74, 76, 102, 213  
 Regel-Ausnahme-Verhältnis 120, 195  
 Reichsgesetz 63  
 Reichsverbinding 55, 64  
 removal 176, 179 ff., 200, 208, 266, 275  
 révision au fond 25  
 ripeness 196  
 rügeloses Einlassen 25  
  
 Smiths, Adam (1723 – 1790) 225  
 Souverän 7, 64, 66, 106 ff., 116, 120, 122, 126, 132 ff., 137, 144 f., 147, 149, 153, 156 f., 161, 222, 264 f.  
 Souveränität 9 f., 23, 54, 56 f., 64, 108, 125 ff., 131, 134, 150, 154 ff., 160, 238, 242, 286  
   – äußere 54, 69  
   – innere 54  
  
 sovereign 4, 120 ff., 145 ff., 154 f., 159 f., 186, 220, 239 ff., 251, 256 ff., 261 ff.  
 sovereign immunity-Doktrin 124, 220, 256 ff., 261 ff.  
 special appearance 219, 240  
 Spiegelbildprinzip 1, 3, 9, 26 f., 30 ff., 46, 52, 60 ff., 73, 87, 98, 101, 113, 271, 273  
 Staatenbund 6, 69, 107, 138 f., 147 ff., 153, 156 f.  
 Staatenverbinding 2, 7, 35, 39 f., 43, 48 f., 51, 69, 75, 80, 84 ff., 88, 93 f., 99, 102, 106 ff., 114, 118, 121, 128, 264  
 Staatenverbund 69, 110  
  
 Staatsvertragslösung 62, 65  
 standing 196  
 stare decisis-Doktrin 116  
 State Court System 169 f.  
 state immunity 257, 262  
 State immunity clause 187  
 statutes 197, 211, 237  
 Strong, Caleb (1745 - 1819) 173  
 Strukturentscheidungen,  
   staatsorganisatorische 158, 177, 190, 216, 243, 270  
 Subject Matter Jurisdiction *siehe: Amerikanisches Zuständigkeitsrecht*  
 System der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung 123, 140, 144, 157 f., 184, 194, 201, 205, 218, 242, 245, 254 f., 261, 266, 268, 270  
  
 Urteilsanerkennung 1, 2, 5, 7, 9 ff., 101 ff., 113, 164, 221, 224, 229, 246 ff., 267, 270 ff.  
 Urteilsstaat 10, 17, 22, 24, 32, 44, 78 f., 89, 98, 109, 227, 249, 286  
  
 v. Wächter, Carl Georg (1797-1880) 11, 26 f., 61, 286  
 Venue *siehe: Amerikanisches Zuständigkeitsrecht*  
 Verfahrensrecht 97  
 Verfassung, heutiges Begriffsverständnis 133 ff.  
 Verfassungsautonomie 69  
 Virginia Plan 139  
 Völkerrecht 23, 66, 68, 70, 72, 106, 110, 276, 278, 280  
 Völkerrechtssubjekte 40, 68, 70, 72, 228  
   – derivative 68, 70, 72  
   – originäre 68, 70, 72  
 Völkerrechtssubjektivität 35, 43, 65 ff., 72, 84, 104  
 Völkerrechtsunmittelbarkeit 69, 126  
 Volkssouveränität 107, 136, 154  
 Vollstreckbarerklärung 1, 2, 9, 12 ff., 21 ff., 33, 36, 38 f., 45, 52, 65, 78, 80, 86 ff., 103, 105 f., 164, 246 ff., 276, 281 ff.  
 Vollstreckbarkeit 7, 11, 16, 59, 60, 77, 227, 249, 273  
 Vollstreckungsurteil 15  
  
 waiver 259, 262

- Washington, George (1732 – 1799) 135, 172
- Wertentscheidung 19, 21 ff., 27, 75, 261
- writ of certiorari 180
- Zentralstaat 67, 109, 113
- Zuständigkeit
- direkte Zuständigkeit (compétence directe) 19
  - indirekte Zuständigkeit (compétence indirecte) 17
  - Internationale Anerkennungszuständigkeit 1, 3, 4, 6, 9, 17 ff., 50, 56, 67, 73, 75, 80 ff., 89, 91, 94 ff., 98, 101 ff., 106, 109, 111, 114, 116, 124, 164, 242, 268 ff., 285
- Internationale Entscheidungszuständigkeit 2 f., 18, 23 ff., 56, 73, 86 f., 92 f., 98, 100 ff., 271
  - Internationale Zuständigkeit 10 f., 17 ff. 47, 87, 92, 127, 276 ff., 280 ff.
- zuständigkeitsrechtliche
- Äquivalenzprüfung 31, 271
- Zuständigkeitsverteilung 20, 28, 35, 41, 50, 75, 101, 153, 161, 183, 186, 192, 195, 218, 244, 248, 271
- Zweitklage 16

# Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

## Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ady, Johannes*: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. *Band 136*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Bartnik, Marcel*: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. *Band 128*.
- Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang*: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. *Band 132*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H.*
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Dilger, Jörg*: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. *Band 116*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dohrn, Heike*: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. *Band 133*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobnig* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Dornblüth, Susanne*: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107*.
- Drappatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.

- Eichholz, Stephanie*: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90*.
- Eisele, Ursula S.*: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. *Band 121*.
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fenge, Anja*: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88*.
- Fetsch, Johannes*: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Förster, Christian*: Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101*.
- Forkert, Meinhard*: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118*.
- Freitag, Robert*: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fricke, Verena*: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110*.
- Fröschle, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Ganssaugue, Niklas*: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. *Band 126*.
- Godl, Gabriele*: Notarhaftung im Vergleich. *Band 85*.
- Gottwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Graf, Ulrike*: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzscheidungen. 2003. *Band 113*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Grolimund, Pascal*: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80*.
- Hahn, H. u.a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Hartenstein, Olaf*: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81*.
- Hein, Jan von*: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69*.
- Hellmich, Stefanie*: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84*.
- Hellwege, Phillip*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. *Band 130*.
- Hinden, Michael von*: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74*.
- Hippel, Thomas von*: Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78*.
- Janssen, Helmut*: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79*.



- Jung, Holger*: Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77*.
- Junge, Ulf*: Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100*.
- Kadner, Daniel*: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76*.
- Kannengießer, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopoulou, Elissavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Kern, Christoph*: Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. *Band 135*.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Klauer, Stefan*: Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99*.
- Kleinschmidt, Jens*: Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. *Band 117*.
- Kliesow, Olaf*: Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87*.
- Köhler, Martin*: Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. *Band 111*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55*.
- Kronke, Herbert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.
- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Leicht, Steffen*: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82*.
- Linker, Anja Celina*: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75*.
- Lohmann, Arnd*: Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2004. *Band 119*.
- Lorenz, Verena*: Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. *Band 140*.
- Lüke, Stephan*: Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Melin, Patrick*: Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. *Band 137*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliererwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mistelis, Loukas A.*: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Müller, Achim*: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. *Band 125*.
- Nemec, Jiri*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Neumann, Nils*: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. *Band 142*.
- Niklas, Isabella Maria*: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. *Band 106*.

- Pattloch, Thomas*: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. *Band 103*.
- Peinze, Alexander*: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Pißler, Knut B.*: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. *Band 127*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Reiter, Christian*: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89*.
- Richter, Stefan*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Rothoefl, Daniel D.*: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. *Band 122*.
- Rühl, Giesela*: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. *Band 123*.
- Rusch, Konrad*: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treupflichten. 2003. *Band 109*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Sandrock, Andrea*: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104*.
- Schärfl, Christoph*: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. *Band 145*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Scherpe, Jens M.*: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96*.
- Schilf, Sven*: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. *Band 138*.
- Schimansky, Annika*: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. *Band 112*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Sieghörtner, Robert*: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93*.
- Siehr, Kurt*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Solomon, Dennis*: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. *Band 124*.
- Sonnentag, Michael*: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86*.
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
- Stegmann, Oliver*: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. *Band 120*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.

- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Tassikas, Apostolos*: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. *Band 114*.
- Thiele, Christian*: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Trulsen, Marion*: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. *Band 129*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Verse, Dirk A.*: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4*.
- Band 2. 1983. *Band 9*.
- Band 3. 1990. *Band 25*.
- Band 4. 1990. *Band 26*.
- Band 5. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Witzleb, Normann*: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94*.
- Wu, Jiin Yu*: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71*.
- Wurmnest, Wolfgang*: Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. *Band 102*.  
–: siehe *Basedow, J.*
- Zeeck, Sebastian*: Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. *Band 108*.
- Ziegert, K.A.*: siehe *Plett, K.*

